Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement monatlich 50 Pf., mit Trägerlohn 70 Pf.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pf.,
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Sonnabend, den 23. Juni 1888. Nr. 289.

Königs-Krönung.

Wie die „Nat.-Ztg." hört, werden Kaiser Wilhelm und Kaiserin Viktoria Augusta sich im Herbst als König und Königin von Preußen in Königsberg krönen lassen.

Die erste Königs-Krönung ließ daselbst bekanntlich Friedrich I. im Jahre 1701 nach der Annahme des Königs-Titels vornehmen. Die späteren Könige von Preußen empfingen beim Regierungsantritt die „Erbhuldigung" der alten Stände, zuletzt Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1840. Als König Wilhelm I. 1861 den Thron bestieg, konnte mit Rücksicht auf die inzwischen eingeführte konstitutionelle Verfassung, durch welche die feudalen Stände den Charakter einer Vertretung des Landes eingebüßt hatten, die Erbhuldigung nicht mehr als statthaft erscheinen; an deren Stelle war staatsrechtlich die Eidesleistung des Königs auf die Verfassung und die eidliche Verpflichtung der Landtags-Mitglieder getreten. Da König Wilhelm I. aber mit einer eindrucksvollen Feierlichkeit den Beginn der neuen Regierung bezeichnen wollte, so erneuerte er die Zeremonie der Krönung in Königsberg; dieselbe fand am 18. Oktober 1861 statt.

Die Feierlichkeit ist damals zum Gegenstand ebenso überflüssiger wie schädlicher politischer Erörterungen geworden. Zu den unpraktischen Haarspaltereien, womit dem damaligen liberalen Ministerium von seinen eigenen Parteigenossen das Leben schwer gemacht wurde, gehörte die Einbildung, eine solche Krönungs Zeremonie widerspreche dem Konstitutionalismus. Erst indem man dies behauptete und dadurch den Konservativen die begierig ergriffene Gelegenheit bot, für die Absicht des Königs einzutreten, wurde dieselbe zu einer Parteisache gestempelt. In dem parlamentarisch regierten England wird der König resp. die Königin mit allem mittelalterlichen Pomp in der Westminster-Abtei gekrönt; es hat noch kein Engländer darin eine Beeinträchtigung des Konstitutionalismus erblickt. Ebenso wenig Anlaß lag hierzu bei uns vor 27 Jahren vor. Indem man eine Feierlichkeit zu einer politischen Angelegenheit aufbauschte, lief man liberalerseits den reaktionären Intriguen ins Garn.

Kaiser Wilhelm II. wird am 27. d. M. vor dem Landtage als konstitutioneller König von Preußen den Eid auf die Verfassung leisten; damit wird staatsrechtlich geschehen sein, was das Verfassungsrecht des Landes beim Regierungsantritt verlangt. Folgt nach einigen Monaten die Krönung, so wird das preußische und — bei der Bedeutung, welche unser Königthum seit der Begründung des Reiches auch formell für alle Deutschen gewonnen hat — das deutsche Volk die Feierlichkeit mit ungetheilter Sympathie begleiten. Aus den politischen Kinderschuhen von 1861 sind jetzt doch hoffentlich alle unsere Parteien heraus.

Trauer-Kundgebungen für weiland Kaiser Friedrich.

Wien, 22. Juni. Das „Fremdenblatt" erfährt, daß der Reichskanzler Fürst Bismarck an den Grafen Kalnoky eine Zuschrift richtete, in welcher er für den in der Reichsraths-Delegation dem Kaiser Friedrich gewidmeten Nachruf seinen Dank ausdrückt.

London, 21. Juni. Der Gemeinderath der City nahm gestern einstimmig eine Resolution an, durch welche der Kaiserin-Wittwe Viktoria sowie der kaiserlichen Familie tiefe und herzliche Theilnahme anläßlich des Todes Kaisers Friedrich ausgesprochen wird. Eine Abschrift der Resolution wurde dem deutschen Botschafter, Grafen v. Hatzfeldt, zur Uebermittelung nach Berlin zugestellt.

London, 22. Juni. Anläßlich des Ablebens des Kaisers Friedrich wird am Sonntag, den 24. d. Mts., um 11 Uhr 45 Minuten, in der deutschen Kapelle ein Trauergottesdienst stattfinden, welchem folgende Personen beizuwohnen beabsichtigen: Die Prinzessinnen Louise, Viktoria und Maud, Töchter des Prinzen von Wales, der Herzog von Cambridge, der Großherzog und die Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz, die Prinzessin Christian von Schleswig-Holstein, der Herzog und die Herzogin von Teck, der Premierminister Lord Salisbury, die anderen Minister, der deutsche Botschafter Graf Hatzfeldt, das gesammte Personal der deutschen Botschaft, alle anderen Botschafter, Minister und Konsuln, der Lordmayor. Der Prediger Wallbaum wird die Trauerrede halten.

Deutschland.

Berlin, 22. Juni. Der Kaiser hat, wie aus Potsdam gemeldet wird, das dortige Garde-Husaren-Regiment, dessen Kommandeur Se. Majestät bekanntlich war, zu seinem Regiment ernannt. Außerdem ist der Kaiser noch Chef des Regiments der Garde du Corps und des Garde-Regiments z. F. Zum Leib-Regiment konnte das Garde-Husaren-Regiment nicht ernannt werden, weil zu solchen nur Linien-Regimenter gewählt werden.

— Zum Chef des Zivilkabinets ist der Unterstaatssekretär im Kultus- und Unterrichts-Ministerium, von Lucanus, ausersehen worden. Die Wahl darf als eine glückliche angesehen werden; der künftige Chef des Zivilkabinets verbindet mit großer Geschäftserfahrung eine unbefangene, von Einseitigkeiten freie Auffassung. Herr v. Lucanus war schon unter dem Minister Falk im Kultus- und Unterrichtsministerium thätig.

— In einigen Provinzialblättern ist davon die Rede, daß in Folge des Thronwechsels die Stellung des Justizministers Dr. von Friedberg erschüttert sei. Wie die „Nat.-Ztg." zuverlässig erfährt, liegt zu solchen Gerüchten keinerlei Anlaß vor; dieselben sind durchaus unbegründet.

— Dem Bundesrath wurde gestern, wie bereits gemeldet, von dem Uebergang der Kaiserwürde auf König Wilhelm II. offiziell Kenntniß gegeben. Der Reichskanzler erschien, wie in verschiedenen Blättern ausführlicher berichtet wird, mit dem Staatssekretär des Innern v. Bötticher, gefolgt von den preußischen Ministern und Bevollmächtigten, v. Maybach, v. Friedberg und v. Goßler, und machte dem Bundesrath ganz in derselben Weise, wie dies nach dem Hintritt Kaiser Wilhelms I. der Fall gewesen, Mittheilung von dem Hinscheiden Kaiser Friedrichs und der Thronbesteigung Kaiser Wilhelm's II. Es knüpfte sich hieran ein ergreifender Rückblick auf das Leben und die kurze Regierungszeit Kaiser Friedrichs, sowie eine Darlegung der augenblicklichen Lage. Es soll darin die friedliche Lage besonders betont und angedeutet worden sein, daß in der Politik nach innen wie nach außen die Grundsätze festgehalten werden würden, welche bis jetzt bestimmend waren. Im Uebrigen soll auf die bevorstehende Eröffnung des Reichstages und die näheren Auseinandersetzungen hingewiesen worden sein, welche die Thronrede der Volksvertretung machen würde. Der baierische Gesandte Graf v. Lerchenfeld-Köfering hätte darauf Anlaß genommen, dem Beileid des Bundesrathes über den Heimgang des Kaisers und der Beglückwünschung zur Thronbesteigung Wilhelms II. Ausdruck zu geben. Auch hierin vollzog sich der feierliche Vorgang im Bundesrathe genau in dem Umfange, wie am Sterbetage Kaiser Wilhelms I.

— Die Eröffnung des preußischen Landtages am nächsten Mittwoch wird sich, ähnlich wie die des Reichstags unter voller Entfaltung königlichen Glanzes im Weißen Saale des Schlosses vollziehen. Die Stunde des Eröffnungsaktes ist noch nicht bekannt. Der Akt selbst wird sich im Allgemeinen den Formen anschließen, welche am 14. Januar 1861 nach der Thronbesteigung König Wilhelm I. beobachtet wurden, doch wird die Ableistung des Treueides seitens der Landtagsmitglieder, welche damals stattfand und zwei Stunden in Anspruch nahm, diesmal voraussichtlich entfallen. Der feierliche Gottesdienst, mit welchem die Parlaments-Sessionen stets eröffnet werden, wird diesmal abweichend vom Herkommen für die protestantischen Mitglieder sowohl des Reichstages wie des Landtages statt wie bisher im Dome in der Schloßkapelle stattfinden. Diese Aenderung ist getroffen worden, weil der Kaiser und König selber an dem Gottesdienst Theil zu nehmen beabsichtigt. Unmittelbar an die feierliche Eröffnung der Parlamente wird sich die erste Sitzung derselben schließen, in der sofort die Konstituirung der Häuser durch Wahl des Präsidiums und der Schriftführer und Quästoren vorgenommen werden wird. Für die Reichstagssession sind nur zwei Tage in Aussicht genommen, dagegen wird die Landtagssession mindestens 3 Sitzungen in Anspruch nehmen, und da der Freitag nächster Woche als katholischer Feiertag (Peter und Paul) aus der Zahl der Sitzungstage ausscheidet, so steht die Schließung des Landtages nicht vor Sonnabend, 30. d. zu erwarten.

— Wir brachten dieser Tage die Mittheilung, daß nach Petersburger Meldungen Zar Alexander III. gelegentlich der Rückreise von Kopenhagen in die Heimath dem deutschen Kaiserhofe wahrscheinlich einen Besuch abstatten werde. Jetzt wird den „Berl. Neuest. Nachr." diese Mittheilung aus gut informirten hiesigen Kreisen als richtig bestätigt.

— Der italienische Ministerpräsident Crispi beabsichtigt, im Laufe des Sommers in Kissingen mit dem Reichskanzler Fürsten Bismarck zusammenzutreffen.

— Das neue Schleppsäbelmodell für die Infanterie-Offiziere besteht aus einem leichten vernickelten Korbsäbel mit Eisenscheide, dessen Korbglocke denen der Husarensäbel ähnlich ist, jedoch abgerundete Parierstangen hat. Der Griff des Gefäßes ist mit Schlangenhaut bezogen, in den Narben mit Silberdraht bewickelt und mit einer ledernen Finger-Oese versehen. Die Klinge ist, ähnlich dem jetzigen Säbel der Füsilier-Offiziere, leicht gekrümmt.

— Die Konferenzen der Generale und höheren Stabs-Offiziere, welche behufs Berathung eines Entwurfes für ein neues Exerzier-Reglement für die deutsche Armee in letzter Zeit in dem Abtheilungszimmer Nr. 2 des Reichstagsgebäudes stattfanden und welchen auch der Kaiser Wilhelm II. als Kronprinz wiederholt beigewohnt hatte, wurden während der letzten Lebenstage Kaiser Friedrichs und namentlich auch seit dem Todestage des Kaisers und während der Trauerzeit ausgesetzt. Nunmehr haben dieselben wieder ihren Anfang genommen und hat gestern wiederum eine Sitzung dieser Offiziers-Kommission stattgefunden, zu der sämmtliche Mitglieder derselben vollzählig erschienen waren. An Stelle des Kaisers, resp. des damaligen Kronprinzen, wird nun wahrscheinlich der Erbprinz von Meiningen diesen Berathungen regelmäßig beiwohnen.

— Die „Cont.-Tel.-Comp." hält es für nothwendig, folgende Kundgebung des Herrn Mackenzie telegraphisch zu verbreiten:

„Das „British Medical Journal" veröffentlicht einen Bericht Dr. Mackenzie's über die Krankheit des hochseligen Kaisers Friedrich. In demselben heißt es, einige Tage vor seiner Abreise aus Charlottenburg habe der Kaiser angefangen, sich weniger gut zu befinden; das habe in Potsdam fortgedauert, doch seien die Symptome keineswegs beunruhigend gewesen bis zum 8. d. Mts. früh, zu welcher Zeit Professor Dr. Krause bemerkte, daß, als der Kaiser Milch trank, ein Theil derselben durch die Luftröhre in die Lunge drang, was einen heftigen Husten verursachte, während ein anderer Theil aus der Kanüle herausströmte. Während der ganzen langwierigen und schweren Krankheit, bei welcher die Aussicht auf Besserung beständig durch plötzliche Rückfälle getrübt worden, sei kein Laut der Klage über die Lippen des Kaisers gekommen, ebenso wenig habe derselbe ein Zeichen der Un-

geduld von sich gegeben. Seine Aerzte und seine nächste Umgebung werden sich stets der Dankbarkeit erinnern, welche der Kaiser für Dienste gehabt hat, die gewöhnliche Patienten als ein ihnen zukommendes Recht in Anspruch nehmen."

Die „Nat.-Ztg." bemerkt hierzu:

„Der Muth des Herrn Mackenzie, nach dem schrecklichen Ergebniß der Sektion noch zu schreiben, daß Kaiser Friedrich erst kurz vor der Abreise von Charlottenburg „angefangen sich weniger gut zu befinden", ist nicht beneidenswerth. Diese Ausdrucksweise, welche jetzt doch nicht mehr damit entschuldigt werden kann, daß man dem Patienten seinen wirklichen Zustand verheimlichen mußte, entspricht durchaus allen früheren Kundgebungen des Herrn Mackenzie über die Krankheit. Es war offenbar sehr praktisch, ihn vor seiner Abreise schriftlich eingestehen zu lassen, daß der Kaiser am Krebs gestorben; sonst würde Herr Mackenzie vermuthlich in den englischen Blättern jetzt auch dies wieder ableugnen und behaupten, die deutschen Aerzte hätten den Kaiser durch die künstliche Ernährung der letzten Tage getödtet. Die Einleitung zu solchen Behauptungsn war allem Anschein nach durch die Erklärung, welche Herr Mackenzie einige Tage vor dem Ende über seine persönliche Ansicht betreffs der künstlichen Ernährung verbreiten ließ, schon getroffen."

— Die Stimmung in Rußland, die nach dem deutschen Thronwechsel eine gewisse Besorgniß verrieth, daß unter der Regierung Kaiser Wilhelms II. die Friedenszuversicht nicht auf so solider Grundlage beruhen könnte, wie unter seinen Vorgängern, hat einen merklichen Umschwung erfahren. Das „B. T." erhält darüber das nachfolgende Telegramm:

„Die nach dem Hinscheiden Kaiser Friedrichs laut gewordenen Befürchtungen, denen jüngst noch die Oberpreßverwaltung glaubte entgegenarbeiten zu müßen, schwinden, da die Proklamation des Kaisers Wilhelm an sein Volk einen günstigen Eindruck hervorrief. Wesentlich trug dazu auch das Verhalten der deutschen Presse bei. So betont die „Nowoje Wremja," daß bei denjenigen Berliner Blättern, welche nach dem Hinscheiden Kaiser Friedrichs „eine Freude nicht recht verständlicher Art" zeigten, sich ebenso eine Reaktion bemerkbar mache, wie andererseits die liberale Presse jetzt beruhigter urtheile, als unmittelbar nach der Thronbesteigung Kaiser Wilhelms.

Einen starken Eindruck brach'e es hervor, daß bei den Beisetzungsfeierlichkeiten in Potsdam der Bruder des Zaren, Großfürst Wladimir (wenn auch ohne ausdrücklichen Auftrag) zugegen war, während ein Mitglied des österreichischen Kaiserhauses fehlte. (Der letztere Umstand ist bekanntlich lediglich auf die getroffenen Anordnungen und die Kürze der Zeit zurückzuführen. Die Red.) Der deutsche Botschafter v. Schweinitz, der, wie verlautete, seinen Urlaub unterbrechen und hierher zurückkehren sollte, bleibt auf Urlaub und kommt erst im Juli privatim auf einige Tage hierher, um dann abermals fortzugehen. Kurzum, nach der ängstlichen Besorgniß ist nunmehr eine entschiedene Friedensstimmung zum Durchbruch gekommen. Allen Staaten, meint der „Grashdanin", sei jetzt der Frieden durchaus nothwendig. Frankreich fürchte sogar im Grunde seines Herzens den Krieg, wie das Feuer. Deutschland und Rußland wollten beide den Frieden. Oesterreich gegenüber aber, renommirt der „Grashdanin", würde ein energisches Wort Rußlands genügen, um jedwede That aufzuhalten, welche den russischen Interessen entspräche. (In Wirklichkeit will Oesterreich natürlich ebensowenig den Krieg, wie Andere.) Ein hervorragender hiesiger Diplomat äußerte gestern: „Die Friedenschancen liegen gut, denn nur wenn Rußland aktiv in Bulgarien eingreift (d. h. eine russische Armee auf der Balkanhalbinsel erscheint), wird es daselbst auf österreichische Truppen stoßen, hinter denen dann aber die übrigen Traktatmächte stehen würden. An ein derartiges russisches Vorgehen denke aber an der Newa Niemand, und wegen sonstiger etwaiger kleiner russischer Extravaganzen werde Berlin, auf welches es ankomme, nicht den Finger rühren! Wenn die Lage wirklich Gefahren enthielte, würde jetzt schwerlich Krupp für Rußland Geschütze anfertigen."

Wenn man von diesen Auslassungen die russischen Ueberschwänglichkeiten abzieht, so bleibt das Facit, daß die Panslavistenpartei jetzt sich ungleich weniger als früher angelegen sein läßt, in der Presse zum Kriege zu treiben, und in diesem Sinne ist der jetzt zu Tage getretene Umschwung mit Genugthuung zu begrüßen. Im Uebrigen soll, wie ein hiesiges Börsenblatt wissen will, Kaiser Wilhelm gelegentlich des Empfanges des Großfürsten Wladimir seinem Wunsche lebhaften Ausdruck gegeben haben, daß Deutschland unter seiner Regierung dieselben freundschaftlichen Beziehungen zu der russischen Regierung und der russischen Nation unterhalten möge, wie unter den Regierungen seines Großvaters und Vaters.

Ausland.

Paris, 20. Juni. Die chauvinistischen Betreiber der hohen Politik, denen alles, was sie über den Thronwechsel in Berlin vorbrachten, nichts geholfen hat, haben jetzt einen leidigen Trost gefunden: das Einvernehmen des jetzigen Kaisers mit dem Fürsten Bismarck steht auf schwachen Füßen und schon sind Gichtanfälle bemerkbar. Der „Intransigeant" ist besonders gut unterrichtet, „Privatnachrichten" gestatten ihm, den räthselhaften Gegensatz zu lösen, der zwischen dem Erlaß ans Heer und dem ans Volk in der Einbildung der französischen Politiker besteht; „der Kaiser Wilhelm hat den Erlaß ans Heer verfaßt und ohne Bismarck, von dem er Ausstellungen befürchtete, veröffentlicht; nach der Baisse auf fast allen europäischen Märkten, die diese kriegerischen Verheißungen hervorgerufen, erlaubte der Kanzler sich, seinem neuen Gebieter so lebhafte Vorstellungen zu machen, daß dieser sich genöthigt sah, ihm die Abfassung des zweiten Erlasses anzuvertrauen." Es wäre demnach Gelegenheit gegeben, den berühmten Styl des Reichskanzlers mit dem des jungen Kaisers zu vergleichen, und angenommen, Rochefort wäre gut unterrichtet, beide brauchten sich einander nicht zu schämen. Der Widerspruch liegt aber nicht in den verschiedenen Verfassern, sondern in den verschiedenen Adressen; mit der Armee wird „wie in der Armee" geredet: sie macht keine Politik, sie hat als solche keine Politik, sie hat mit dem Parlamentarismus so wenig wie mit der Diplomatie zu reden, sie giebt den Ausschlag, wenn sie gerufen wird, nachdem die Worte zu Ende sind; sie wird vom Kaiser geführt, und die beschworene Treue ist gegenseitig durch Eid und Temperament verbürgt. Die Ansprache ans preußische Volk dagegen ist der Ruf an die staatlich organisirte Bevölkerung, die mit dem König durch eine Verfassung verbunden ist, die das Parlament wählt, die durch Kopf und Herz bei großen innern und äußern Ereignissen mitrathen und mitthaten soll. Daß Wilhelm seinem Volke aus dem Herzen gesprochen, dürfen die Franzosen uns schon glauben, auch wenn sie es nicht gern thun. Aber schlau, wie die Franzosen sind, gehen sie weiter: die Abwesenheit Bismarcks bei der Trauerfeier „stellt bereits ein Anzeichen des Zwiespalts fest, der künftig schärfer hervortreten wird, denn uns (Rochefort) wird versichert, daß der neue König von Preußen über die Ausbreitung des Reiches ganz persönliche Ideen hat, die sogar denen Bismarcks und Moltkes gradezu entgegengesetzt sind. . . . Abgesehen von seinem lächerlichen Blicke auf Frankreich träumt er von Einverleibung Hollands einerseits und Triests mit dem anstoßenden Gebiete bis an die julischen Alpen. Diese Pläne billigten Kanzler und Marschall nicht, und deshalb hat der Kanzler (Bismarck ist ja der Verfasser der Ansprache an das Volk) an die Stelle des Kriegsgottes den Gott des Friedens gesetzt." Da haben wir den ganzen — Roman vom neuen Kaiser Wilhelm und seinen Rathgebern vor Augen und wollen nur hoffen, daß Mynheer darob nicht allzusehr erschrickt und von Triest „bis an die julischen Alpen nicht der Ruf erschallt: Hie Oesterreich, hie Italien, hie Deutschland!" Uebrigens hat ein anderer Franzose im „Voltaire" bereits auch „die Egeria des neuen Kaisers von Deutschland" herausgebracht: es soll die Gräfin Waldersee sein, von deren mysteriösem Einfluß dann — selbstredend! — ein ganzer Roman mit den boshaftesten Albernheiten geleistet wird. Es ist dies ein so leichtfertiges, so echt pariserisches Treiben, daß es nicht ganz mit Stillschweigen übergangen werden kann. Für solche Köpfe sind allerdings Erlasse wie die des deutschen Kaisers pietistische und mystische Ausgeburten aus einer vorsündfluthlichen Zeit.

Paris, 21. Juni. Die Ausweisung der französischen Journalisten Ranson vom „Matin" und Bonnefon vom „Gaulois" aus Berlin wird vorläufig nur von den betheiligten Blättern sowie vom „Evenement" und „Intransegeant" besprochen, die zu Vergeltungsmaßregeln gegen die in Paris lebenden deutschen Journalisten auffordern. Was Bonnefon anlangt, so ist es wahrhaft erstaunlich, daß er sich überhaupt nach Deutschland wagte, angesichts der unglaublichen Erfindungen, die er über höchstgestellte deutsche Personen seit Monaten veröffentlichte. Ranson scheint seine Ausweisung wenigstens nachträglich haben rechtfertigen zu wollen, da ein heute von ihm veröffentlichter Brief im „Matin" Dinge enthält, die theilweise nicht wiederzugeben sind. Derselbe legt zum Schlusse die Verdächtigung nahe, Bismarck habe den Kaiser ebenso wie den König von Baiern ermorden lassen! Die Ausweisungen werden hier vielfach als mit den Paßmaßregeln in innerm Zusammenhange stehend und als der Ausdruck einer tiefgehenden Verstimmung gegen Frankreich betrachtet.

Rom, 21. Juni. Aus Massowah wird gemeldet: der Sohn des Negus sei durch Gift in Makalle gestorben, der Negus habe Rasalula und Debeb zu sich berufen, die Derwische verhielten sich ruhig.

London, 21. Juni. Salisbury's erste Niederlage folgte sehr bald der ministeriellen Erklärung, daß man die Vorschläge betreffs Entschädigung ihrer Konzession verlustig gehender Schankwirthe der öffentlichen Meinung opfere, auf dem Fuße. Von Seiten der Opposition wurde auf sofortiges Einschreiten gegen das verschwenderische Verfahren in den Gehältern gewisser Beamtenklassen bestanden und ebenso betreffs der viel zu frühzeitigen Pensionirungen, wodurch der Etat unablässig überbürdet und jede verheißene Ersparniß zur Spottgeburt werde. Lord Hamilton, als Regierungsvertreter, räumte betreffs der Admiralität ein, daß deren Arbeit mit einem geringeren Stabe geleistet und dadurch eine jährliche Ersparniß von 40,000 (!) Pfund Sterling ermöglicht werden könne. Er sträubte sich jedoch gegen schnelle Aktion und stellte nur ein Amendement, dahin lautend, daß in Zukunft Lücken in einem Regierungs-Departement durch überzählige Beamte eines anderen ausgefüllt werden sollten. Ein Major erklärte es für einfältig, Zivilisten in der Admiralität zu beschäftigen, und Lord Charles Beresford versicherte, er wisse aus eigener früherer Beobachtung, daß die Beamten jenes Departements gar keine ausreichenden technischen Kenntnisse besäßen. Der Antrag, daß mit der Versetzung von Beamten, die überzählig in einem Departement, in ein anderes „sofort" begonnen werden müsse, wurde mit 19 Stimmen Majorität vom Hause angenommen unter lang anhaltendem Jubel der Radikalen und Irländer. Viel gescherzt wird darüber, daß auf der Frontbank der liberalen Opposition, die immer von ehemaligen Ministern eingenommen wird, die Mehrzahl sich der Abstimmung enthielt. Sie wüßten sehr wohl — sagt man —, daß, wenn sie solcher Sparsamkeit zum Siege verhälfen, sich dies einmal an ihnen resp. ihrem eigenen Anhange rächen würde, sobald ihre Partei einmal wieder ans Ruder gelangte. In diesem Punkte haben die Führer beider großer Parteien, wie man in England zu sagen pflegt, ein „Lieblings-Hühnerauge". Uebrigens gedenkt Lord Salisbury aus seiner „ersten" Niederlage — nämlich während der Lebenszeit seines jetzigen Kabinets, keine Frage um Tod und Leben zu machen.

Petersburg, 21. Juni. Wie das „Reutersche Bureau" wissen will, hätte der Zar vor einigen Tagen abgelehnt, einen von dem Kriegsminister General Wannowski gemachten Vorschlag für die Verdoppelung der Anzahl der Reserve-Bataillone zu genehmigen, da die vorgeschlagene Vergrößerung die Finanzen des Reichs zu stark belasten würde und da überdies die gegenwärtige politische Lage eine so weitgehende Maßregel keineswegs rechtfertige. Die Zahl der Reserve-Bataillone beträgt gegenwärtig 96 und jedes Bataillon hat 4 Kompagnien. Im mobilen Zustande zählt die Reserve 96 Regimenter von je 4 Bataillonen, jedes 1000 Mann stark.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 23. Juni. Die zur Reichs-Groß-Loge von Deutschland (V. A. O. D.) gehörige und unter Jurisdiktion der Distrikts-Groß-Loge von Brandenburg stehende hiesige Pommerania-Loge hielt aus Anlaß des Heimganges unseres hochseligen Kaisers Friedrich am Dienstag Abend 8 Uhr in ihren Räumen Rosengarten 12 eine Trauerfeier ab, welche in würdigster und weihevollster Weise stattfand. Die Pommerania-Loge, welche am 20. Januar 1877 konstituirt wurde, erfreut sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens der lebhaftesten Theilnahme und ist die Zahl ihrer Mitglieder im stetigen Steigen.

— Nach einer vorgestern Abend aus Ratibor in Schwedt eingetroffenen telegraphischen Meldung ist das Wasser der Oder bei Ratibor während des vorgestrigen Tages in Folge eines Wolkenbruches von 4,02 Meter auf 4,60 Meter, also um 58 Zentimeter gestiegen. Da ein gleiches Steigen auch im unteren Odergebiet zu erwarten ist, wodurch sämmtliche Wiesen wieder unter Wasser gesetzt werden, so gehen jetzt die Wiesenbesitzer mit allen Kräften daran, um noch vor dem Eintritt des Hochwassers, welches erfahrungsgemäß in der Gegend von Schwedt nach etwa 12 Tagen und bei unserer Stadt etwa 2 Tage später eintritt, die Heuernte in Sicherheit zu bringen. Bei früheren derartigen Fällen pflegte das Kommando des in Schwedt garnisonirenden Dragoner-Regiments in bereitwilligster Weise zu diesem Zweck Mannschaften zur Verfügung zu stellen, und steht zu erwarten, daß auch diesmal das Kommando zur Abwendung der drohenden Gefahr sich hierzu bereit finden wird.

— Wegen unerlaubter Auswanderung wurden im deutschen Reiche während des Jahres 1887 bezw. 1886 19,527 Gestellungspflichtige oder 1,40 pCt. der in den alphabetischen und Restantenlisten Geführten bezw. 18,888 oder 1,35 pCt. bestraft. Die Betheiligung der einzelnen Armeekorps-Bezirke an diesen Bestrafungen ist theilweise eine sehr ungleiche; sie bewegt sich zwischen 3,48 pCt. und 0,39 pCt. bezw. 4,61 pCt. und 0,38 pCt. Im 2. Armee-Korps wurden 1887 2,96 pCt. der in den alphabetischen und Restantenlisten Geführten wegen unerlaubter Auswanderung bestraft, im Jahre 1886 2,95 pCt.

— Ob man ein zum Spiel entnommenes Darlehn zurückzahlen muß, über diese Frage ist in diesen Tagen vom Königsberger Zivilgericht eine Entscheidung getroffen. Es hatte ein Privatsekretär gegen einen Maschinenbauer wegen einer Darlehnsschuld von 4 Mark geklagt und behauptet, ihm sei diese Forderung zedirt und von dem Zedenten, dem jetzigen Beklagten, als Darlehn gegeben worden. Beklagter machte geltend, daß ihm diese Forderung nicht als Darlehn, sondern bei Gelegenheit eines Spiels und zum Spiel gegeben worden sei, weswegen er sich zur Zurückzahlung nicht verpflichtet halte, da dadurch dem Spiel nur Vorschub geleistet worden; er beantragte die kostenpflichtige Abweisung des Klägers. Nach Erhebung des Beweises über diese Thatsache erkannte denn auch der Gerichtshof auf Abweisung der Klage.

— Bei der Uebertragung von Mieths-Verträgen mittels schriftlicher Abmachung durch den einen Miether auf einen anderen ist der Zessionsstempel mit 1 M. 50 Pfg. nicht ausreichend, sobald der gesammte Miethspreis den Betrag von 150 Mark übersteigt; es muß vielmehr der Stempel für Miethsverträge, 1/3 pCt. des Miethspreises für die ganze noch laufende Kontraktzeit, verwendet werden, und zwar neben dem Zessionsstempel. Diese Entscheidung ist kürzlich gegen einen Berliner Hauseigenthümer ergangen, welcher einen solchen mit seiner Einwilligung übertragenen Miethskontrakt dem Gericht vorzulegen genöthigt war. Die Erschöpfung des Instanzen-Zuges hatte keinen Erfolg. Es wurde ausgeführt, daß durchaus keine bloße Zession, sondern ein neuer Miethsvertrag zwischen dem Vermiether und dem neuen Miether vorliege, während der frühere Miether nur diejenigen Rechte abgetreten habe, die ihm für eine gewisse Zeit noch zustanden. Die auf Grund des ersten Vertrages eintretende Verlängerung des Miethsverhältnisses sei wie ein neuer Miethsvertrag zu beurtheilen. Der Vermiether muß in diesem Falle als Produzent des Vertrages den achtfachen Betrag des Stempels als Strafe zahlen, vorbehaltlich seines Regreß-Anspruches an den neuen Miether.

— Die Wahl des bisherigen Landschafts-Direktors des Anklamschen Departements, Grafen von Schwerin auf Putzar, zum General-Landschafts-Direktor der pommerschen Landschaft auf die Dauer von 6 Jahren, und die Wahl des bisherigen Landschafts-Deputirten, Rittergutsbesitzers von der Osten auf Blumberg, zum General-Landschafts-Rath der pommerschen Landschaft auf die Dauer aon 6 Jahren ist bestätigt.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Bellevuetheater: Novität! Zum 17. Male: „Ein toller Einfall." Schwank in 4 Akten. — Elysiumtheater: Zu halben Preisen (Parquet 50 Pf. inkl. Konzert 2c.). Novität! Zum 3. Male: „Bei kleinen Leuten." Volksstück mit Gesang in 3 Akten.

Vermischte Nachrichten.

— (Eine aussichtsreiche Neuheit.) Eine geschäftlich sehr viel versprechende Neuheit wird gegenwärtig von der Amsterdamer Kautschuk-Kompagnie in den Handel gebracht. Es sind dies ebenso einfach, als geistreich konstruirte Zahlplatten aus bestem Kautschuk, für Detail-Geschäfte, überhaupt für jedes Geschäft, wo Kleingeld rollirt. Wie die „Gummi-Zeitung" mittheilt, hat eine solche Zahlplatte etwa die Form eines Lampentellers und zeigt auf ihrer Oberfläche kleine, den Raupenfüßen ähnliche, sehr elastische Erhöhungen. Es ist bekannt, wie schwer sich Kleingeld von einer glatten Fläche aufnehmen läßt, insbesondere die ganz kleinen, dünnen Münzen bis etwa zum Zehnmarkstück. Durch die Zahlplatten ist den Uebelständen abgeholfen. Man zählt das Geld auf die aufrecht stehenden Spitzen oder Raupenfüßchen der Platte, welche eng genug sind, auch das kleinste Geldstück flach aufliegen zu lassen. Das Aufnehmen des Geldes von den Spitzen überrascht jeden; wir sind überzeugt, viele Laden-Inhaber werden diese Gummi-Zahlplatten schon deshalb anschaffen, weil die Käufer und vornehmlich die Käuferinnen die Anschaffung als eine sehr willkommene Aufmerksamkeit ansehen werden. Doch nicht nur in Detail-Geschäften, auch in Bankgeschäften wird man die Neuerung begrüßen. Das Aufzählen des Geldes macht sich sehr leicht, und ein Fortrollen einzelner Stücke ist ganz ausgeschlossen. Selbstverständlich müßten für solche Zwecke die Platten viel größer und auch in der Form anders hergestellt werden.

Verantwortlicher Redakteur W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Dresden, 22. Juni. Heute Mittag fand in Gegenwart zahlreicher Fürstlichkeiten auf Schloß Albrechtsburg die Einsegnung der verstorbenen Prinzessin Marie von Sachsen-Altenburg und die Taufe der jüngst geborenen Tochter derselben statt.

Karlsruhe, 22. Juni. Die zweite Kammer nahm die kirchenpolitische Vorlage einstimmig in der Fassung der ersten Kammer an.

Wien, 22. Juni. Dem „Przeglond" wird aus Berlin gemeldet, daß von Petersburg der Plan einer Entrevue zwischen dem Zaren und deutschen Kaiser angeregt worden sei und daß dieserhalb Unterhandlungen zwischen dem Berliner und Petersburger Kabinet schweben. Die Besprechung solle im August in einer deutschen Hafenstadt stattfinden.

London, 21. Juni. Wie die „Daily News" erfährt, wird Gladstone heute im Unterhause die Einbringung eines Antrages anmelden, welcher die ganze Handhabung des irischen Zwangsgesetzes angreift.

Madrid, 21. Juni. Der oberste Militärgerichtshof, welchem die Angelegenheit des Generalgouverneurs Martinez Campos zur Entscheidung vorliegt, erkannte einstimmig an, daß Martinez Campos den militärischen Gesetzen gemäß verfahren sei.

Sofia, 22. Juni. Die Minister Stoilow und Natschewitsch haben vorgestern dem Fürsten ihr Entlassungsgesuch übersandt. Als Ersatz für dieselben sind Tontschew und Dimitrow in Aussicht genommen.

Wasserstand.

Oder bei Breslau, 21. Juni, 12 Uhr Mittags, Oberpegel 4,98 Meter, Unterpegel — 1,44 Meter. — Elbe bei Dresden, 21. Juni — 0,46 Meter. — Magdeburg, 21. Juni, 1,04 Meter. — Warthe bei Posen, 21. Juni, Mittags, 0,58 Meter.